

Griechenland und Geldgeber sind ein Stück vorangekommen

Am Freitag trafen sich Vertreter der Euro-Gruppe in Valletta, der Hauptstadt von Malta. Bei diesem Treffen seien die Vertreter bei den Gesprächen über nötige Reformen in Griechenland ein Schritt vorangekommen. So sagte der Vorsitzende der Eurogruppe, Jeroen Dijsselbloem, dass man „große Brocken“ aus dem Weg geräumt habe. Neben den Reformen, die die griechische Regierung bis zum Ende des Kreditprogramms Mitte 2018 verwirklichen muss, soll Griechenland darüber hinaus für 2019 und 2020 Reformschritte ins Werk setzen, die für eine dauerhafte Verbesserung der Haushaltslage in Höhe von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) sorgen sollen.

2019 soll das Rentensystem reformiert werden, um Einsparungen von einem Prozent des BIP zu erzielen. Im darauffolgendem Jahr soll an der Einkommenssteuer gearbeitet werden, um mehr griechische Bürger einkommenssteuerpflichtig zu machen und so den Ertrag der Einkommenssteuer zu erhöhen. Neben den neuen Reformvorschriften machten die Geldgeber am Freitag auch Zugeständnisse. So dürfe die griechische Regierung für die von der Krise besonders betroffenen Bürger etwas tun, wenn die Haushaltssanierung bis Ende 2018 planmäßig verlaufe. Es werde dann mehr Geld „gegen Kinderarmut, für Beschäftigung, Investitionen, die Krankenversicherung der Rentner und für Wohnungsbeihilfen“ geben, sagte der griechische Finanzminister Euklid Tsakalotos.

Doch gänzlich sind die Probleme für Griechenland nach dem Treffen nicht ausgeräumt. Neben dem Streit über die Reformschritte mit Griechenland gibt es weiterhin Uneinigkeit zwischen den Geldgebern. So beharrt der IWF für eine Beteiligung am dritten Hilfspaket auf Erleichterungen bei der Kreditlaufzeit und den Zinsen für Griechenland, da die schwere Schuldenlast sonst nicht alleine getragen werden könne. Aus IWF-Kreisen heißt es, dass man eine detaillierte Zusage von der Euro-Zone noch „deutlich vor der Bundestagswahl“ erwarte.

Fortsetzung auf der nächsten Seite

RUB

Wochenrückblick

*Das Wichtigste in Kürze:
03. April bis 09. April*

Vorbereitung auf Zinswende

Montag, 03. April – EZB-Direktor Benoit Coeure fordert, dass sich die Regierungen in der Euro-Zone sowie der Finanzsektor auf ein baldiges Ende der niedrigen Zinsen vorbereiten. Aus der Sicht von Benoit Coeure waren die geldpolitischen Maßnahmen der Notenbank wirksam. Dennoch dürfe man diese Politik nicht zu sehr ausreizen, da die Gefahr bestünde, dass Banken dadurch geschwächt werden. Zurzeit liegt die Einlagenfazilität bei -0,4 Prozent und Banken müssen daher für das Einlagern von Geld bei der EZB bezahlen. Banken beklagen sich schon länger über die niedrigen Zinsen, dadurch wird es schwerer im Kreditgeschäft ausreichende Gewinne zu erzielen, wie die Wirtschafts Woche berichtet.

Italienische Banken benötigen Geld

Mittwoch, 05. April – Die Europäische Zentralbank (EZB) teilte mit, dass den beiden italienischen Banken Banca Popolare die Vicenze und die Veneto Banco zusammen 6,4 Milliarden Euro Kapital fehlen. Bereits Mitte März haben beide Banken Staatshilfen beantragt. Um Staatshilfen zu bekommen, müssen Banken von der EZB als solvent eingestuft werden, dies ist bei beiden der Fall, so ein Insider. Die italienische Regierung hat im vergangenen Dezember einen Bankenhilfsfonds in Höhe von 20 Milliarden Euro aufgelegt, um die Krisenbank Monte dei Paschi di Siena zu retten, berichtet Reuters.

Lehrstuhl für Makroökonomik
MacroNews
14. Kalenderwoche

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble möchte den IWF aber unbedingt an Bord haben für das dritte Hilfspaket, ist aber nicht bereit die Forderungen des IWF zu erfüllen. Er möchte erst Ende 2018 über Erleichterungen beim Schuldendienst sprechen und auch nur, wenn es dort einen Bedarf gebe. Eurogruppen-Chef Dijsselbloem wollte diesbezüglich am Freitag keine Prognose geben. Er ahnt aber, dass noch schwere Debatten bevorstünden.

Der neue Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier traf sich am Freitag mit dem griechischen Präsidenten Prokopis Pavlopoulos und sicherte ihm auch künftig Unterstützungen zu. So sagte er nach dem Treffen vor der Presse: „Wir werden weiterhin solidarisch an der Seite Griechenlands stehen“. Weiter begrüßte er die grundsätzliche Einigung, die beim Eurogruppen treffen erzielt wurden. Mit seinem frühen Besuch, in der dritte Woche im Amt, wollte der Bundespräsident ein Zeichen setzen. Mit dem frühen Besuch wollte er ausdrücken, dass es für Deutschland keine EU ohne Griechenland gebe. „Wir wollen, dass die EU der 27 zusammenbleibt und zusammenhält – allen Schwierigkeiten und Differenzen zum Trotz“, so Steinmeier. Der griechische Präsident betonte, dass man alle Verpflichtungen gegenüber seinen Gläubigern erfülle und bereit sei, mit Europa und allen voran Deutschland zusammenzuarbeiten, um Europa wieder stark und attraktiv zu machen. Dennoch brachte er auch das Thema der Reparationszahlung auf den Tisch. Demnach vertrete Griechenland die Forderungen nach Entschädigung für deutsche Kriegsverbrechen nicht einseitig, sondern „im Rahmen des internationalen Rechts und der europäischen Rechtskultur“.

Hintergrund: Eurokrise; Griechenland Hilfspaket

>>[Handelsblatt: Die längst überfällige Einigung](#)

>>[FAZ: Steinmeier in Griechenland](#)

RUB

Überraschender Anstieg der deutschen Exporte

Freitag, 07. April – Nachdem die Exporte im Januar um 2,2 Prozent gestiegen sind, erwarteten Ökonomen einen Rückgang von 0,5 Prozent im Februar. Das Statistische Bundesamt teilte am Freitag jedoch einen überraschenden Anstieg der Exporte um 0,8 Prozent im Februar zum Vormonat mit. Am stärksten sind die Ausfuhren in die Euro-Länder angestiegen, diese erhöhten sich um 3,5 Prozent. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) hält ein Anstieg der Exporte von insgesamt 3,0 Prozent für das Gesamtjahr 2017 für möglich. Im Februar sanken die Importe um 1,6 Prozent und die saisonbereinigte Handelsbilanz wies einen Überschuss von 21 Milliarden Euro aus. Die Unternehmen würden momentan von der deutlich belebten Weltkonjunktur profitieren. So konnten Industrie, Energieversorger und Baubranche zusammen 2,2 Prozent mehr herstellen als im Januar. Das Bundeswirtschaftsministerium sagte zu den Zahlen: „Insgesamt läuft die Produktion damit im ersten Quartal bisher außerordentlich rund“, so die Süddeutsche Zeitung.

**Zahl der Woche:
7 Prozent**

mehr Autos wurden im ersten Quartal 2017 verkauft, als im ersten Quartal 2016. Im März stieg die Anzahl der neu zugelassenen Pkw um 11,4 Prozent zum Vormonat. *Reuters*